

Europawahl 2024: Der digitale Euro

Eine Analyse der Wahlprogramme aller Parteien bei der Europawahl 2024 zur Einführung eines digitalen Euros.



Inhaltsübersicht

I.	Digitaler Euro – quo vadis?	
II.	Analysemethodik	
III.	Was sagen die politischen Parteien zum digitalen Euro?	
	a. Im Bundestag vertretene Parteien	
	Christlich-Demokratische Union (CDU) und Christlich-Soziale Union Bayern (CSU)	6
	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	7
	Freie Demokraten (FDP)	8
	Bündnis 90/Die Grünen	9
	Die Linke	11
	Die Alternative für Deutschland (AfD)	13
	Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)	15
	b. Im Europaparlament oder in deutschen Landtagen vertretene Parteien	
	Freie Wähler	17
	Die Partei	18
	Volt	18
	Piratenpartei	19
	ÖDP	19
	Tierschutzpartei	20
	Bündnis Deutschland	21
IV.	Ausblick	
V.	Kontakt	

I. Digitaler Euro – quo vadis?

Die bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament 2024 markieren einen wichtigen Moment für die monetäre Zukunft Europas, insbesondere im Hinblick auf die Einführung des Digitalen Euros. Denn, nach dem Vorstoß der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank in 2023, beschäftigt sich inzwischen auch das Europäische Parlament mit dem digitalen Euro.

Als eine der wegweisendsten Initiativen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik wird der Digitale Euro nicht nur die Art und Weise verändern, wie wir bezahlen, sondern auch grundlegende Fragen zur monetären Architektur in der Zukunft und zur Rolle des Euros als Gemeinschaftswährung beantworten müssen.

Der Digitale Euro – manchmal auch E-Euro, digitales Zentralbankgeld oder kurz CBDC genannt – ist dabei ein bis heute alles andere als klar definiertes Konstrukt. Dass er kommen wird, scheint inzwischen eine allgemein akzeptierte Tatsache. Doch in welcher Form und Gestalt ist unklar. Die Frage des wie sollte jedoch dringend im Mittelpunkt der politischen Debatte stehen, wobei verschiedene Aspekte eine Rolle spielen:

- Welche Haltung nehmen die Parteien grundsätzlich zur Einführung des Digitalen Euros ein? Betonen sie die Chancen oder warnen sie vor den Risiken?
- Wie sehen die Positionen der Parteien zum Datenschutz, zur Anonymität, zur Sicherheit und zur Stabilität des Digitalen Euros aus? Werden sie als eine vertiefende Maßnahme für die Europäische Währungsunion angesehen?
- Welche Argumente bringen die Parteien für oder gegen Beschränkungen bei der Nutzung des Digitalen Euros vor? Wie stehen sie zu möglichen Einschränkungen für Bankkunden und die freie Wahl des Zahlungsmittels?
- Welche Rolle kommt in Zukunft dem Bargeld, als bisher einzig gesetzliches und physisches Zahlungsmittel zu?
- Inwiefern plädieren die Parteien für eine freiheitliche Gestaltung des Digitalen Euros, die die Interessen der Bürger und Unternehmen berücksichtigt?

In unserer Analyse haben wir die Wahlprogramme aller relevanten Parteien zur Europawahl 2024 untersucht, um zu verstehen, wie sie mit diesem richtungsweisenden Thema umgehen. Dabei haben wir untersucht, ob und in welchem Umfang der Digitale Euro in den Programmen thematisiert wird, welche Positionen die Parteien dazu einnehmen und welche Argumente sie für ihre jeweilige Haltung vorbringen.

Relevante Verlinkungen zum Digitalen Euro:

- I. [Europäische Zentralbank: Übersichts-Website Digitaler Euro](#)
- II. [EZB-Report zum digitalen Euro: A stocktake on the digital euro](#)
- III. [Bundestag: Anhörung zum digitalen Euro im Finanzausschuss](#)
- IV. [Plenardebatte Bundestag „Digitaler Euro“](#)
- V. [Prof. Joseph Huber mit verschiedenen Beiträgen zum digitalen Euro](#)
- VI. [Ulrich Bindseil, Piero Cipollone and Jürgen Schaaf - Digital euro: Debunking banks' fears about losing deposits](#)

II. Analysemethodik

Die meisten Parteien, die an Europawahlen teilnehmen, veröffentlichen Wahlprogramme oder Grundsätze zur Europawahl. Darin erläutern sie, was sie sich für die nächsten fünf Jahre europapolitisch vorgenommen haben, welche Politikfelder ihnen wichtig sind und wie sie die geplanten Veränderungen umsetzen möchten. Manchmal ausführlicher und manchmal weniger.

Wir haben die Wahlprogramme gezielt nach dem digitalen Euro durchsucht und ergänzend auf folgende Schlagworte analysiert:

Geld, Digital, Digitaler Euro, CBDC, Zentralbank, Geldmarkt, Digitales Geld, Papiergeld, Bargeldlos, E-Euro, Finanz (Finanzmarkt, -spekulation, -politik, -planung, -geschäfte, -Krise, -produkte, -institute/Institution, Akteure), Bank (Geschäftsbanking, Investmentbanking, Bankensystem, Bankensektor), Zinsen, Spekulation, Kapital, Derivate, Investment/Investieren (Investmentfonds, Hedgefonds), Schulden .

Analysiert wurden alle Parteien, die derzeit mindestens mit einem Sitz im Europaparlament, im deutschen Bundestag oder einem deutschen Landtag vertreten sind. Zahlreichere kleinere Parteien haben trotz offizieller Zulassung bisher kein eigenes Wahlprogramm für 2024 veröffentlicht.

Anmerkung: **Alle aufgeführten Zitate sind im Wortlaut aus den offiziellen Wahlprogrammen übernommen worden.** Nur die Fettmarkierungen sind eigene redaktionelle Hervorhebungen im Sinne der Leser.

Einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben wir nicht.

III. Was sagen die politischen Parteien zum digitalen Euro?

III.I. Im Bundestag vertretene Parteien



Bei der Union findet sich keine explizite Erwähnung oder Positionierung zum digitalen Euro. Es wird jedoch betont, dass die ausschließliche Aufgabe der EZB die Geldwertstabilität und die Bankenaufsicht sei.

Im weiteren Sinne wird erwähnt:

„Die Europäische Zentralbank (EZB) muss Geldwertstabilität wahren und Inflation bekämpfen. **Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit der EZB und zu ihrem ausschließlich auf die Geldwertstabilität und die Bankenaufsicht begrenzten Mandat. Geld- und Finanzpolitik müssen getrennt bleiben.** Wir müssen die angestrebte Erweiterung der EU zum 18 Anlass nehmen, die Stimmverteilung im EZB-Rat zu ändern. Unser Ziel ist ein Stimmgewicht in Relation zur volkswirtschaftlichen Größe und zum Haftungsrisiko des einzelnen Landes. Den Euro als Währung halten wir stabil. Neben der Anpassung der Zinsen durch die EZB sind Haushaltsdisziplin und eine Reduzierung übermäßiger Schuldenstände durch die Mitgliedstaaten unerlässliche Schritte zur wirksamen Bekämpfung der Inflation.

Bargeld erhalten. Der wichtige Kampf gegen Geldwäsche darf nicht mit einem unnötigen Kampf gegen Bargeld verwechselt werden. Wir setzen uns für den Erhalt des Bargelds ein. Kapitalmarktunion weiterentwickeln, Risiken im Bankensystem reduzieren. Wir wollen Europa und Deutschland zu einem starken Finanzplatz machen, der internationale Standards setzt und europäischen Unternehmen das benötigte Kapital zur Verfügung stellt. Wir wollen die Kapitalmarktunion vertiefen und den Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen stärken. Bankenrettungen aus Steuermitteln und eine Vergemeinschaftung der Haftungsübernahme im Rahmen der europäischen Einlagensicherung lehnen wir ab. Finanzmärkte im Dienste der Bürger und der Betriebe regulieren. Die Finanzwirtschaft muss eine dienende und stabilisierende Rolle für die Realwirtschaft einnehmen. Die Finanzmärkte sollen sich nicht verselbstständigen. Unser deutsches Drei-Säulen-System aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken hat sich bewährt. Wir befürworten eine strikte Regulierung des weltweiten Finanzmarkts, die gleichwohl den Unterschieden in unserem Bankensystem Rechnung trägt.“ [S. 16f.]

[Zum Wahlprogramm der Union](#)



Bei der SPD findet sich keine explizite Erwähnung oder Positionierung zum digitalen Euro.

Im weiteren Sinne wird erwähnt:

„Wettbewerbsfähige Finanzierung europäischer Unternehmen Um Investitionen zu fördern und die wettbewerbsfähige Finanzierung europäischer Unternehmen sicherzustellen, soll endlich ein gemeinsamer funktionierender europäischer Kapitalmarkt geschaffen werden. Hierfür werden wir den politischen Druck für die Vollendung der Banken- und vor allem der Kapitalmarktunion mit angemessener Aufsicht erhöhen. Auf diese Weise kann privates Kapital grenzüberschreitend mobilisiert und in Unternehmen gelenkt werden. Diese Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere, können den Kapitalmarkt so leichter und stärker als bisher als Finanzierungskanal nutzen. Gleichzeitig profitieren Sparerinnen und Sparer von einem breiteren Zugang zu Anlagemöglichkeiten für den Vermögensaufbau und die Altersvorsorge. Außerdem kann eine vollendete Kapitalmarktunion durch eine stärkere Diversifikation bei Unternehmensfinanzierungen einen wichtigen Beitrag für die Stärkung der Finanzstabilität leisten und darüber hinaus die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern. So werden wir einen integrierten und liquiden europäischen Kapital und Bankenmarkt schaffen und die finanzielle Fragmentierung innerhalb Europas auflösen. Damit fördern wir Wachstum und Arbeitsplätze und verbessern den Schutz von Anlegerinnen und Anlegern. Besonders müssen die Möglichkeiten für Start-ups in Europa deutlich gestärkt werden.“ [S. 17]

[Zum Wahlprogramm der SPD](#)



Die FDP steht der Einführung des digitalen Euros positiv gegenüber. Wichtig sei dabei der Schutz der Privatsphäre der Bürgerinnen und der Erhalt des Bargeldes.

„Bargeld ist geprägte Freiheit. Deshalb setzen wir uns für den uneingeschränkten Erhalt von Bargeld als Zahlungsmittel in der Europäischen Union ein und lehnen einheitliche Bargeldobergrenzen ab. **Die Einführung eines digitalen Euro als Ergänzung zum bestehenden Bargeld begleiten wir konstruktiv.** Als digitales Bargeld soll der digitale Euro offline wie online nutzbar sein. Dabei **muss die Privatsphäre** der Bürgerinnen und Bürger vollumfänglich geschützt bleiben. Es darf keinen Zwang zur Nutzung des digitalen Euro geben und es dürfen keine zusätzlichen Risiken für das Finanzsystem entstehen. Gleichzeitig wollen wir den gemeinsamen Markt in Europa für Kryptowährungen attraktiv machen und deren Entwicklung positiv begleiten“. [S.17]

Im weiteren Sinne wird erwähnt:

„Wir stehen für solide Finanzen. Mit der FDP wird es keinen Einstieg in eine Schuldenunion geben. Europa muss in der kommenden Legislaturperiode wie vereinbart mit der Tilgung der für den Corona-Solidaritätsfonds aufgenommenen Kredite beginnen. Eurobonds lehnen wir ab. Die Einnahmen der EU sollen wie bisher hauptsächlich aus Überweisungen von Mitgliedstaaten, bemessen an ihrer Wirtschaftskraft, stammen. Für uns hat die Bekämpfung der Inflation oberste Priorität. Die Politik auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten muss die Inflationsbekämpfung durch die EZB bestmöglich unterstützen. Dazu gehört eine Haushaltspolitik, die auf weitere schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme verzichtet. Aus dem gleichen Grund muss ein glaubwürdiger Schuldenabbau in hochverschuldeten Mitgliedstaaten bei der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Vordergrund stehen. Die auf Initiative des französischen Finanzministers Bruno Le Maire und des Bundesfinanzministers Christian Lindner im Dezember 2023 erfolgte Einigung der Mitgliedstaaten auf neue finanzpolitische Regeln unter Beibehaltung der Maastricht-Kriterien ist daher ein großer Erfolg für die finanzielle Stabilität in der EU.“ [S.16]

„Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden und die Kapitalmarktunion vertiefen. Die Kapitalmarktunion ist ein Booster für private Investitionen.“ [S.16]

[Zum Wahlprogramm der FDP](#)



Die Grünen stehen der Einführung des digitalen Euros positiv gegenüber. Wichtig sei die Barrierefreiheit als Zahlungsmittel.

„Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Buchgeld der Geschäftsbanken und zum Bargeld, welches weiterhin als barrierefreies Zahlungsmittel möglich bleiben wird. Der digitale Euro befördert die Digitalisierung der Wirtschaft und ermöglicht Verbraucher*innen digitalen Zugriff auf sicheres und wertstabiles Zentralbankgeld. Als öffentliches Gut kann er einen wertvollen Beitrag zur finanziellen Inklusion, zur Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im digitalen Zeitalter leisten.“ [S.18]

Im weiteren Sinne wird erwähnt:

„In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der möglichen Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt zugutekommen.“ [S.17]

„Wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden, damit die EU von einer Währungsunion zu einer echten Wirtschaftsunion wird.“ [S. 11]

„Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen von Unternehmen und Bürger*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine weitere Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer deutlich höheren ungewichteten Eigenkapitalquote von mindestens 10 Prozent, regelmäßigen Stresstests und der Vollendung der Bankenunion stellen wir die Banken stabil auf. Die wechselseitige Abhängigkeit von Staaten und Banken soll reduziert werden. Deshalb setzen wir uns auf EU- Ebene dafür ein, Konzentrationsrisiken in Bankbilanzen, auch durch Staatsanleihen, weiter einzudämmen. Mit einer europäischen Einlagenrückversicherung, die den Erhalt der Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt, einem funktionierenden Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit Privatkund*innen vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern, dass Kreditinstitute im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen. Indem wir Banken verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu

reduzieren, sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität steht.“ [S. 18]

„Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das Finanzsystem resilienter werden und konsequent an den europäischen Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet sein. Dazu braucht es klare Regeln gegen Greenwashing. Jede Finanzierungsentscheidung ist eine Entscheidung über die Wirtschaft der Zukunft und muss deshalb auch mit unseren Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sein.“ [S. 18]

[Zum Wahlprogramm der Grünen](#)



Die Linke steht der Einführung des digitalen Euros positiv gegenüber. Wichtig sei die rechtliche Ausgestaltung als gesetzliches Zahlungsmittel. Im Detail spricht sie sich für einen unverzinsten und mengenbeschränkten Euro aus.

„Geld und Währung müssen Teil staatlicher Souveränität bleiben, eine schleichende Privatisierung lehnen wir ab. Internetgiganten (Amazon und Co) und Finanztechnologie-Unternehmen (zum Beispiel PayPal oder N26) müssen denselben Regeln und Gesetzen unterworfen sein, wie sie für konventionelle Finanzdienstleister (zum Beispiel Banken und Versicherungen) gelten.

- **Die Linke befürwortet die Einführung eines digitalen Euro durch die EZB. Der digitale Euro soll ein von der EZB garantiertes gesetzliches Zahlungsmittel sein, das Privatpersonen in begrenztem Maße und unverzinst auf Girokonten bei der EZB halten können.** Nur mit einer öffentlichen Alternative zu den Bezahlssystemen der großen Internetkonzerne können wir ihrer enormen Finanztechnik- und Datenmacht entgegenwirken und glaubwürdig ein europäisches Datenschutzniveau durchsetzen. Die technischen Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um zumindest bei kleinen Beträgen anonymes Bezahlen sicherzustellen.“ [S. 35f]

Im weiteren Sinne wird erwähnt [hier nur auszugsweise, da das finanzpolitische Programm im Verhältnis deutlich detaillierter ist]:

„Die Linke fordert die Demokratisierung der Europäischen Zentralbank (EZB). Neben dem Ziel der Preisstabilität soll ihr Mandat auch auf Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung erweitert werden. Ebenso muss der EZB die Finanzierung von Staatsausgaben ermöglicht werden, damit das künstliche Insolvenzrisiko von Euro-Staaten unterbunden wird. Schon eine Garantie der Staatsanleihen würde diese de facto risikolos machen. Denn die EZB kann als Schöpferin der Währung in Euro niemals pleitegehen. Nur sie kann der Kreditgeber der letzten Instanz sein. Ein inflationäres Risiko besteht nicht, weil die EZB weiterhin ihrem Inflationsziel von 2 Prozent verpflichtet ist. Großbritannien und Kanada liefern den Beweis, dass das problemlos funktioniert: Dort verkaufen die Finanzminister Anleihen auch direkt an die Zentralbank.“ [S. 34f]

„Wir wollen eine demokratische Kontrolle der EZB. Die Führungsgremien der EZB – wie EZB-Rat, EZB-Direktorium und EZB-Präsident*in – sollen vom Europäischen Parlament gewählt werden. Die grundlegenden und langfristigen Zielsetzungen der Geldpolitik sollen im Parlament diskutiert und entschieden werden. Gerade in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrisen und beim sozialökologischen Umbau sind Zentralbanken wesentliche Schlüsselakteure und müssen politisch kontrolliert werden.“ [S.35]

„Banken müssen verkleinert und das Investmentbanking muss abgewickelt werden. Als erster Schritt soll das Investmentbanking von den anderen Geschäftsbereichen isoliert werden. Nach dem Vorbild von Sparkassen und Genossenschaftsbanken müssen Banken in Gemeineigentum überführt und demokratisch verwaltet und kontrolliert werden. Alle Banken sollen sich einem Geschäftsmodell verpflichten, das den Bedürfnissen der Gesellschaft und der Realwirtschaft dient: 1. Angebote im Bereich Zahlungsverkehr, 2. einfachere und sichere Sparinstrumente und 3. Finanzierung öffentlicher und privater Investitionen.“ [S.33]

[Zum Wahlprogramm Die Linke](#)



Die AfD steht der Einführung des digitalen Euros kritisch gegenüber. Der digitale Euro sei ein potentiell Überwachungstool und fördere die Abschaffung des Bargeldes.

„Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht und dessen Verankerung im Grundgesetz. **Die AfD spricht sich gegen einen von der EZB zentral herausgegebenen digitalen Euro aus, der ein Einfallstor für die schleichende Abschaffung des Bargelds wäre.** Die Verfügbarkeit und die Wertaufbewahrungsfunktion des Bargelds müssen erhalten bleiben. Die AfD stellt sich gegen eine Totalüberwachung und -steuerung aller finanziellen Handlungen durch regulatorisch oder faktisch verpflichtende elektronische Zahlungsvorgänge.“ [S.11]

Im weiteren Sinne wird erwähnt [hier nur auszugsweise, da das finanzpolitische Programm im Verhältnis deutlich detaillierter ist]:

„Die AfD fordert auch hier eine Rückkehr zum Recht und zur Marktwirtschaft: Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden. Die AfD fordert die Durchsetzung der vertraglichen Verbote der Staatsfinanzierung durch die EZB und der faktischen Vergemeinschaftung von Schulden über die EZB. Die EZB hat ein Mandat nur für Geldpolitik, nicht aber für wirtschaftspolitische Programme zur Unterstützung einzelner Staaten und ideologischer Politikziele.“ [S. 22]

„Die AfD fordert die Deutsche Bundesbank auf, das im Ausland gelagerte Staatsgold vollständig nach Deutschland zu überführen. Zudem fordert die AfD die Herbeiführung eines verfassungsrechtlich abgesicherten bilanziellen Sonderstatus der Goldreserve zur Abwehr der Ausbuchungsgefahr. Langfristig halten wir eine grundsätzliche Reform des Geldsystems für notwendig, hin zu einem freien Währungswettbewerb oder einer goldgedeckten Währung.“ [S. 22]

„Wir verlangen, dass die deutschen Banken Haftungen auf die nationale Ebene begrenzen und auch weiterhin eigene Haftungs- und Einlagensicherungs-Verbundlösungen schaffen können. Wir treten dafür ein, die nationale Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen wiederherzustellen. Die AfD wendet sich gegen die europäische Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken.“ [S.21]

„Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung. Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bundesregierung, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank wird seine schleichende Abschaffung betrieben.“ [S. 21]

„Die AfD fordert von Bundesregierung und Deutscher Bundesbank, die bislang geduldete Überbeanspruchung des Verrechnungskontos TARGET2 zu beenden. Diese Forderungen der Bundesbank sind abzuschmelzen, täglich auszugleichen, angemessen zu verzinsen und mit Sicherheiten zu unterlegen. Die AfD ist auch offen für weitere sinnvolle Vorschläge, die TARGET-Forderungen zu „monetarisieren“ bzw. nutzbar zu machen. So sollte Deutschland seine TARGET-Forderungen z. B. in ausländischen Aktien oder Gold oder in einem nationalen Sachwertfonds anlegen.“ [S. 22]

[Zum Wahlprogramm der AfD](#)



Beim Bündnis Sahra Wagenknecht findet sich keine explizite Erwähnung oder Positionierung zum digitalen Euro.

Im weiteren Sinne wird erwähnt:

„Die Geldpolitik allein ist überfordert, um die Inflation zu bekämpfen. Dazu braucht es neben dem Verzicht auf eine ruinöse Sanktionspolitik 1) öffentliche Investitionen, die das wirtschaftliche Potenzial der Volkswirtschaft erweitern 2) gezielte Kreditlenkung der EZB zur Bekämpfung von Preisblasen auf einzelnen Märkten 3) die Stärkung des Kartellrechts und Preisdeckel auf einzelnen Märkten.“ [S.6]

„Eine Aufspaltung von Megabanken zur Trennung des Investmentbankings vom Kredit- und Einlagengeschäft. Schattenbanken sollten grundsätzlich auf dem Niveau von Banken reguliert werden. Dazu zählt auch die neue Generation von Schattenbanken (Big Tech Konzerne und FinTechs) deren zunehmende Marktmacht im Zahlungsverkehr bekämpft werden muss. Das Bargeld muss geschützt werden.“ [S.7]

[Zum Wahlprogramm von BSW](#)

III. Was sagen die politischen Parteien zum digitalen Euro?

III.II Alle weiteren Parteien in der Analyse

Folgende weitere Parteien sind derzeit mit jeweils einem Abgeordneten im Europäischen Parlament, im Bundestag oder in einem deutsche Landtag vertreten.



Die Freien Wähler stehen der Einführung des digitalen Euros kritisch gegenüber, sofern nicht vier Forderungen gemeinsam erfüllt seien.

„Digitalen Euro als alleiniges Zahlungsmittel ablehnen: **Wir stehen einem digitalen Euro kritisch gegenüber. Wir würden solch einen digitalen Euro nur dann akzeptieren, wenn er alle folgenden Punkte erfüllt:** Erstens darf er nicht als Ersatz zum Bargeld implementiert werden. Zweitens muss er sehr hohen Ansprüchen an Datenschutz und Anonymität gerecht werden. Drittens darf er nicht zu Bank-Runs einladen. Viertens darf er nicht für Social-Scoring-Systeme einsetzbar sein.“

Im weiteren Sinne wird erwähnt:

„Wir stellen uns den Bestrebungen zur Abschaffung unseres Bargelds entgegen. Wir halten es angesichts zunehmender Cyberangriffe für höchst fahrlässig, ausschließlich auf den elektronischen Zahlungsverkehr setzen zu wollen. Die sicherheitspolitischen Ziele der Nachverfolgbarkeit aller Transaktionen werden ohnehin nicht erreicht, wenn Ausweichmöglichkeiten auf andere Währungen, Gutscheinsysteme oder Kryptowährungen bestehen. Außerdem wächst die Machtfülle der Banken und staatlicher Organisationen, wenn es nicht mehr möglich ist, Bargeld zu Hause aufzubewahren.“

„EZB neu ausrichten: Die Unabhängigkeit der Zentralbank von politischen Einflüssen ist uns weiterhin sehr wichtig. Wir wollen aber, dass intern die Stimmrechte der nationalen Notenbanken in der EZB nach den entsprechenden Haftungsanteilen gewährt werden. Außerdem wollen wir einen Systemwechsel hin zu einer jährlichen Tilgung der Target-Salden durch Gold. Weiterhin setzen wir uns für eine Sperrminorität von 25 Prozent der Stimmen ein, wenn EZB-Maßnahmen zu einer Umverteilung von Vermögen zwischen Staaten der Eurozone führen können. Wir wollen die Bezahlung der EZB-Führung erfolgsorientiert ausrichten. Sie soll Boni bekommen, wenn sie es schafft, die Inflation nahe 2 Prozent zu halten, und nur geringe Gehälter, wenn die EZB das Inflationsziel deutlich verfehlt.“

[Zum Wahlprogramm der Freien Wähler](#)



Bei Die Partei findet sich keine explizite Erwähnung oder Positionierung zum digitalen Euro.

[Zum Wahlprogramm Die Partei](#)



Volt steht der Einführung des digitalen Euros positiv gegenüber. Wichtig sei dieser für finanzielle Inklusion und den Wettbewerbsdruck.

„Einführung eines digitalen Euros als nützliches Zahlungsmittel, ohne auf ein Bankkonto angewiesen zu sein. Dieses soll auch Wettbewerbsdruck auf dem Markt für Einlagen und Zahlungen erzeugen. Es soll keine Obergrenzen für die Menge der von Privatpersonen gehaltenen digitalen Euros geben und Gehaltszahlungen sollen in diesen getätigt werden können.“ [S. 16]

Im weiteren Sinne wird erwähnt:

„Erhalt des Bargelds. Bargeld soll als zentrales gesetzliches Zahlungsmittel in unserer Wirtschaft erhalten bleiben und geschützt werden. Immobilientransaktionen mit Bargeld sollten jedoch europaweit begrenzt werden, um Geldwäsche zu verhindern.“ [S. 16]

„Überprüfung der Gründung einer europäischen öffentlichen Gesellschaft für Zahlungsabwicklung. Dies gilt für den Fall, dass festgestellt werden sollte, dass große amerikanische Zahlungsabwickler ihre dominante Marktposition ausnutzen, um überhöhte Gebühren zu erheben.“ [S. 16]

„Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion. Dafür wollen wir eine europaweite Einlagensicherung für Bankguthaben sowie europäische Staatsanleihen einführen, um den Banken effektive Anlagen und ausreichende Absicherung zu bieten. Dadurch wird die Vollendung der europäischen Bankenregulierung unterstützt.“ [S. 13]

[Zum Wahlprogramm von Volt](#)



Bei den Piraten findet sich keine explizite Erwähnung oder Positionierung zum digitalen Euro.

Im weiteren Sinne wird erwähnt:

„Wir, die Piraten, sehen das Potenzial von Kryptowährungen und dass sie eine positive Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung spielen können. **Wir wollen Bargeld wegen seiner Anonymität schützen, auch digitales Bargeld.**“ [S. 27]

[Zum Wahlprogramm Die Piraten](#)



Bei der ÖDP findet sich keine explizite Erwähnung oder Positionierung zum digitalen Euro.

Im weiteren Sinne wird erwähnt:

„Der Kauf von Staatsschulden durch die EZB hat eine Höhe von über drei Billionen Euro erreicht. Die Geldmenge wurde stark ausgeweitet. In der EU muss eine zukunftsfähige Finanzordnung aufgebaut werden. Ebenso muss sich die EU-Finanzpolitik der Inflation entgegenstellen. Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Geschäfts- und Investmentbanken sind zu trennen. Leerverkäufe sind zu verbieten. Verbot von Spekulationsgeschäften für kreditgebende Geschäftsbanken.
- Bankenrettung auf Staatskosten darf es nicht mehr geben.
- Das EZB-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen ist zu beenden.“ [S. 7f]

Eine einheitliche Währung bedarf einer einheitlichen Finanzpolitik im Euro-Raum. Diese bedarf einer demokratischen Kontrolle durch ein demokratisch legitimes Gremium aus EU-Abgeordneten des Euro-Raums. Hierzu bilden diese EU-Abgeordneten ein Euro-

Parlament. Dieses wählt aus seiner Mitte je einen Beauftragten für Finanzen, Wirtschaft, Umwelt und Soziales. Diese vier bilden einen Senat, der bei allen Fragen, die den Euro-Raum betreffen, ein Vorschlags- und Vetorecht besitzt. Kommt der Ministerrat bei Fragen, die ausschließlich den Euro-Raum betreffen, zu keiner Einigung, so wird dieser auf Vorschlag des Senats durch eine 2/3-Mehrheitsentscheidung des Euro-Parlaments ersetzt. So sollen Blockaden durch Mitgliedsstaaten, die nicht dem EuroRaum angehören, durch ein geregeltes Verfahren auflösbar sein.“ [S.8]

„Die Vermeidung von Zwang zur Nutzung automatisierter Systeme (z.B. Online-Systeme von Behörden, bargeldlose Bezahlung) durch den Erhalt klassischer analoger Erledigungsmöglichkeiten zur Wahrnehmung ihrer bürgerlichen Rechte und Pflichten (Digitale Souveränität).“ [S.53]

[Zum Wahlprogramm der ÖDP](#)



Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Bei der Partei Mensch Umwelt Tierschutz findet sich keine explizite Erwähnung oder Positionierung zum digitalen Euro.

Im weiteren Sinne wird erwähnt:

„Nicht allein dem Markt vertrauen: Ein Wirtschaftssystem ohne Wachstumswahn! Unser Wirtschaftssystem ist auf permanentes Wachstum ausgelegt, doch unser Planet verfügt über begrenzte Ressourcen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht zudem immer weiter auseinander. Wir stehen für ein nachhaltiges, gerechtes Wirtschaftssystem, das der Ausbeutung von Menschen, Tieren und Natur ein Ende setzt. Die Strategie eines sogenannten grünen Wachstums reicht bei weitem nicht aus. Notwendig ist eine Wirtschaft, die individuelle Lebenszufriedenheit als Maßstab politischer Entscheidungen setzt, anstatt stetig neue Konsumbedürfnisse zu kreieren..“

[Zum Wahlprogramm Partei Mensch Umwelt Tierschutz](#)



Bündnis Deutschland steht der Einführung des digitalen Euros kritisch gegenüber. Der digitale Euro sei ein potentielles Überwachungstool und Eingriff in die bürgerliche Freiheit.

„Nein zum E-Euro: Der Entwicklung modernerer Zahlungsmöglichkeiten und Währungen stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. **Die konkrete Einführung des E-Euros lehnen wir ab, da der Aufwand zur Einführung und Überwachung des E-Euros in keinem Verhältnis zu den wenigen Vorteilen steht.** Wir stehen für freiheitliche Finanzpolitik auch in Bezug auf die Finanzmittel selbst. Allerdings muss die Möglichkeit bestehen, dezentrale Kryptowährungen für Unternehmen stets ausschließlich auf selbstbestimmter und freiwilliger Basis zu akzeptieren. Einen Zahlungsmittelzwang lehnen wir ab. Als gesetzliche Zahlungsmittel sind Kryptowährungen aufgrund ihrer hohen Volatilität und mangelnden staatlichen Kontrolle hingegen nicht geeignet.“ [S. 34f]

Die Hauptursache der gegenwärtig zu beobachtenden stark inflationären Tendenzen liegt allerdings in der massiven Geldmengenausweitung seitens der Europäischen Zentralbank in den letzten 15 Jahren. In diesem Zeitraum hat sich die Geldmenge M3 in der Eurozone auf 16 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Grund für diesen exorbitanten Anstieg war die laxe Zinspolitik der letzten Jahre und vor allem der Ankauf von Staatspapieren durch die Europäische Zentralbank, um hochverschuldete Regierungen vor dem Staatsbankrott zu bewahren. Die EZB ist der eigentlichen Aufgabe der Überwachung und Stabilisierung des Euros kaum bis gar nicht nachgekommen. Bündnis Deutschland steht für eine Zentralbank, die eine frühzeitige und vorausschauende Zinspolitik betreibt und die mit fähigem Personal und mit dem nötigen Feingefühl rechtzeitig vor bestehenden Risiken warnt und Lösungsvorschläge anbieten kann. [S. 33]

Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist zu stärken, ihre Entscheidungen sind vor politischer Einflussnahme zu schützen. Es muss sichergestellt werden, dass die EZB ihrer Aufgabe der Geldwertstabilisierung nachkommen kann, anstatt primär den Mitgliedstaaten günstiges Geld zu beschaffen. [S. 34]

„Bargeld erhalten Bargeld ist gelebter Datenschutz und individuelle Freiheit. Deshalb treten wir für den Erhalt von Bargeld als Zahlungsmittel und Sparanlage ein. Das derzeitige Bargeldsystem funktioniert effizient und zuverlässig und erfüllt die Bedürfnisse der Bürger. Eine Abschaffung des Bargeldes würde zusätzliche technologische Abhängigkeiten schaffen und könnte zu einer verstärkten Zentralisierung der Kontrolle

über das Geldsystem führen, was mit erheblichen Risiken für die Privatsphäre und individuelle Freiheit verbunden ist. Des Weiteren bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes und der Datensicherheit. Das gilt auch für den aktuellen Aufbau des EU-Vermögensregisters, was wir als übergriffige politische Maßnahme klar ablehnen. Bei der Diskussion zur Einführung einer Bargeldobergrenze in der Europäischen Union kommt Bündnis Deutschland nach Abwägung zwischen freiheitlichen Werten und erweiterten Möglichkeiten zur Bekämpfung von Geldwäsche und Schwarzarbeit gerade in Deutschland zu dem Entschluss, einer Bargeldobergrenze von mindestens 15.000 Euro in der Eurozone zuzustimmen. Einer niedrigeren Bargeldobergrenze, wie sie gegenwärtig diskutiert wird, stehen wir entschlossen entgegen.“ [S. 34]

[Zum Wahlprogramm von Bündnis Deutschland](#)

VI. Ausblick

Bereits vor fünf Jahren wurde auf die dringliche Befassung mit dieser richtungsweisenden monetären Fragestellung verwiesen. Der Verein Monetative e.V. hatte Mitte 2019 alle 41 Mitglieder des Finanzausschusses des Bundestages kontaktiert und [um ihre Einschätzung zur Notwendigkeit einer parlamentarischen Untersuchung zum Digitalen Zentralbankgeld \[Digitaler Euro\]](#) gebeten. Dabei wurde vor allem die internationale Vorreiterrolle der schwedischen Reichsbank und ein entsprechendes Regierungsgutachten in Schweden zur Einführung der "e-krona" als Referenzpunkte genannt. In dem Schreiben an die Ausschussmitglieder wurden konkrete Stellungnahmen zur Einschätzung der Notwendigkeit einer parlamentarischen Befassung mit dem Digitalen Zentralbankgeld in Deutschland angefragt.

Bereits damals zeigte sich eine klare Tendenz das Thema von politischer Seite eher zu meiden und stattdessen mit Allgemeinplätzen zu antworten. Die Resonanz bewegte sich in erster Linie im Bereich von Absichtserklärungen im Sinne einer zukünftigen Auseinandersetzung, welche der Bedeutung des Themas Rechnung tragen sollen. Nun 5 Jahre später zeigt sich auch im Rahmen der Europawahl fortlaufend ein ähnliches Bild: Bis heute gibt es im Detail kaum fundiert ausgearbeitete Positionen der politischen Parteien zum digitalen Euro.

Angesichts dessen dass die Weichen von EZB und der EU-Kommission bereits klar in Richtung der Einführung gestellt werden, wohingegen die genaue Zielstellung und Ausgestaltung bis heute kaum transparent kommuniziert wird, ist dies ein politisches Versäumnis mit potentiell weitreichenden Folgen. **Die Einführung eines neuen digitalen Euros durch die Europäische Zentralbank braucht demnach zwingend einen präzisen Handlungsrahmen, der letztendlich politisch entschieden werden muss** – oder sollte man sagen „müsste“ - und auch nur so legitimiert werden kann. Wir werden dazu immer wieder politische Entscheidungen fordern und dabei unsere programmatischen Vorschläge machen.

Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit

Ältere Wahlprogrammanalysen:

- [Bundestagwahl 2021](#)
- [Europawahl 2019](#)

V. Kontakt

Der gemeinnützige Monetative e.V. wurde 2012 in Berlin für ein nachhaltiges, stabiles, demokratisches Zusammenleben gegründet. Wir fördern Bildung, Forschung und Vernetzung rund um das gesellschaftlich wichtige Thema Geld.

Der Verein in [90 Sekunden](#).

Mehr unter: www.monetative.de

Allgemeine Rückfragen zur Analyse und zum Monetative e.V.

unter presse@monetative.de

.